

„Die Gasse“ Organ des Gewertvereins der Holzarbeiter Deutschlands (G.-D.)

Abonnementspreis pro Monat 30 Pfg.
Bestellungen richtet man an den
Verlag: Gewertverein der Holzarbeiter
Deutschlands
Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 222

Alle Anschriften für die „Gasse“ an F. Wornholt, Ullm a. D., Radlostr. 47, Telefon 1442
Alle für das Hauptbüro des Gewertvereins bestimmten Postfächer sind zu adressieren
Gewertverein der Holzarbeiter Deutschlands, Berlin N. O. 55, Greifswalder Straße 222
Sämtliche Geldsendungen an M. Schumacher, Berlin N. O. 55, Greifswalderstr. 222.
Postfachkonto 57 321 beim Postcheckamt Berlin N. W. 7. Telefon Berlin Alexander 4720

Anzeigen die 4-gespaltene Zeile
20 Pfennig
Arbeitsmarkt 15 Pfennig
Ortsvereinsanzeigen 10 Pfennig

Reichspräsident Ebert †

Am 28. Februar 1925, vormittags 10¹/₄ Uhr, ist der Reichspräsident Ebert im Alter von 54 Jahren gestorben.

Durch die Tagespresse sind unsere Kollegen über die Einzelheiten unterrichtet. An dieser Stelle wollen wir dem verstorbenen Reichspräsidenten als Deutsche Gewertvereiner unsere Achtung und Anerkennung zollen für die unparteiische Art, wie das höchste Amt im Deutschen Reiche ausgeführt hat. Ungeachtet politischer Einstellung wird jeder dem Verstorbenen die Anerkennung nicht verjagen dürfen, daß er alles tat, was im Interesse des Volkes getan werden mußte.

Als Deutschlands Zusammenbruch nahte, wurde ihm durch Prinz von Baden das Reichkanzleramt übertragen. Am 9. November 1918 Sonnabends brach in Berlin das alte System endgültig zusammen; am Sonntag, den 10. November, schien das erste Manifest Eberts und verkündete: „Friede, Freiheit und Ordnung.“ Gegen den wild aufbegehrenden Kommunismus und dem Unabhängigen setzte er es durch, daß die Einberufung einer Nationalversammlung beschlossen wurde. Den wiederholten Anschlägen auf die Republik von links und rechts, setzte er energischen Widerstand entgegen; die Nationalversammlung wählte ihn mit 3/4 Mehrheit zum Reichspräsidenten.

6 Jahre hat er dieses Amt mit einer vornehmen Würde und Zurückhaltung verwaltet, ohne sich vor der Verantwortung zu rücken. Wenn die ersten Repräsentanten des Deutschen Reiches der Vorkriegszeit mit derselben Plünderung regiert hätten, so wäre dem deutschen Volke manche Bitternis erspart geblieben. Von den Turmhütern des alten Systems ist Ebert vielfach als „Sattlergeselle“ verspottelt worden; gedankenlose Nachbeter haben es nachgeschwätzt und fühlen sich geschmeichelt, wenn einseitige Menschen ihnen Beifall zollten. Das deutsche Volk in seiner Mehrheit, insbesondere die Arbeiterschaft, fragt nicht danach, welche Familientradition der erste Diener des Volkes aufzuweisen hat. Für uns ist maßgebend, ob jemand die notwendigen Fähigkeiten besitzt und das hat Ebert bewiesen. Die Schwierigkeiten an den Enden ehren den Mann.

Heidelberg, die historische Stadt am Neckar, wird die Überreste des ersten Reichspräsidenten aufnehmen und das demokratische Andenken Baden, welches dem deutschen Volke schon so viele führende Köpfe gegeben, wird mit Stolz zur letzten Ruhestätte des ersten Reichspräsidenten Deutschlands!

Die deutschen Gewertvereine (G.-D.)

V.

Gründungsarbeit der Gewertvereine und deren Hemmungen.

Die am 28. September 1868 auf dem Gründungskongreß der deutschen Gewertvereine gewählte Statutenkommission war rasch die Arbeit gegangen. Ende Oktober desselben Jahres war sie fertig und sie veröffentlichte ihre Arbeit mit einem Aufruf an die deutsche Arbeiterschaft. Dieser Aufruf ist insofern ein historisches Dokument, weil er nicht bloß allein zeigt, was die Hirsch-Dunder'schen Gewertvereine bei ihrer Gründung wollten, sondern auch, wie manche Gegensätze in der Gewertvereinsauffassung sich im Laufe der Zeit zugunsten der Gewertvereinsidee verminderten. Die wichtigsten Stellen des Aufrufs lauteten:

„Deutsche Arbeiter!

Wie unterzeichneten, die Delegierten und Vertrauensmänner der hiesigen hiesigen Berliner Gewerker, rufen euch in nachfolgendem zur Begründung eines großen nationalen Verbandes, welches die Interessen eurer Kinder zum dauernden Segen gereichen wird. Schon seit Jahrzehnten ertönt ein Ruf immer lauter und gewaltiger durch das ganze zivilisierte Europa, der Ruf nach Organisation der Arbeit! Je mehr auf dem Trümmern der abgelebten Zünfte und Monopole das große Prinzip der Freiheit der Arbeit durchgeführt wird, desto deutlicher stellt es sich heraus,

daß die Freiheit allein das wirtschaftliche Heil nicht zu bringen vermag. Die nackte Freiheit, Arbeiter, welche der konzentrierten Macht des Kapitals die Arbeitskraft nur in vereinzelter Individuen gegenüberstellt, sie führt vielmehr notwendig zu einem ungleichen Kampfe und zur Abhängigkeit und Erniedrigung der Schwächeren, der Arbeiter. Diese Freiheit wäre nur die Zügellosigkeit des sozialen Faustrechts.

Was folgt hieraus? Durchaus nicht, daß die Freiheit selbst beseitigt werde, weder durch die Rückkehr zu den verknöcherten Gestaltungen des Mittelalters, noch weniger aber durch die gemeinschaftliche Produktion unter der Garantie und Aufsicht des Staates, welche in Wirklichkeit nichts anderes sein würde, als die allgemeine Sklaverei. Nein, auch auf wirtschaftlichem Gebiete ist die Freiheit das höchste, unveräußerliche Gut. Aber aus ihrem Schoße muß eine schöpferische Ordnung erwachsen, welche die Gegensätze vermittelt, die Schwachen durch Vereinigung stärkt, die Interessen des Kapitals und der Arbeit, der Produktion und der Konsumtion harmonisch verbindet. Pauperismus und Willkür, Monartum, Ueberproduktion und Geschäftsstockung, Börsenschwindel und Staatsbankrott, alle diese verderblichen Krankheiten der modernen Gesellschaft können nur geheilt werden durch Organisation der gesunden Kräfte.

Die Berufszweige sind es, wonach die unzählbaren Arbeiterscharen sich naturgemäß und hauptsächlich gruppieren: aus den Berufszweigen müssen daher die Vereinigungen hervorgehen, welche die Lebensfragen des Arbeiters, seinen Anteil an der Produktion und Verteilung der Arbeitserzeugnisse bestimmen sollen. Diese Organisation der Arbeiter nach Berufsarten, zum Zwecke der Regelung und Besserung aller Arbeitsverhältnisse und der gesamten sozialen Lage — das sind die Gewertvereine.

Gleichberechtigung, Vereinbarung, Schiedsgericht sind unser Wahlpruch, und erst im Notfall, aber dann mit Wucht und Entschiedenheit, schreiten wir zum letzten Mittel, zur Arbeitseinstellung. Leset die ersten Paragraphen der Musterstatuten, deutsche Arbeiter, und ihr werdet sofort sehen, daß es sich hier nicht um das Manöver einer politischen oder sozialen Partei handelt, sondern um ein Werk der allgemeinen Wohlfahrt, welches über den Parteien steht!

Deutsche Arbeiter! Es gilt, diejenigen Organisationen, welche die englischen Gewerksarbeiter zu den festgestellten und hochangesehensten Europas gemacht hat, auch in unserm teuren Vaterlande durchzuführen. Zeigen wir dieselbe Mäßigung, denselben Gemeinsinn wie jene, und das große Werk wird gelingen zum Heile der Arbeiter, zum Wohle der ganzen Gesellschaft.

Berlin, Ende Oktober 1868.

Die Kommission zur Beratung von Musterstatuten für Deutsche Gewertvereine.

Dieser Aufruf verfehlte nicht seine Wirkung. In verschiedenen Orten des Landes wurden Ortsvereine der einzelnen Berufe gegründet, die als Berufsgewertvereine ihre Kräfte zentralisierten. Die Berufsgewertvereine verbanden sich wiederum zu einem „Verbande der Deutschen Gewertvereine“ der zu Pfingsten 1869 ins Leben trat. Den Ortsvereinen war die Aufgabe überwiesen, die lokalen Berufsinteressen zu fördern, während die Zusammenfassung der einzelnen Berufsgewertvereine zu einem Verbande den Zweck hatte, die allgemeinen sozialen Arbeiterinteressen zu wahren und zu vertreten.

So gaben die Gewertvereine der deutschen Arbeiterbewegung eine praktische „Organisationsform“ schon zu einer Zeit, als man im anderen Lager mächtig darüber stritt, weil man die Frage, ob Zentralisation oder Dezentralisation noch nicht zu lösen verstand. Am 23. Mai 1869 erschien zu mersten Male das noch heute bestehende Verbandsorgan der Deutschen Gewertvereine (G.-D.) „Der Gewertverein“. Ein frisch-froher Zug ging durch die Reihen der Gewertvereinsmitglieder. An dem Baume der Gewertvereinsbewegung grünte und sproßte es. kaum ein Jahr nach dem Erlaß des ersten Aufrufs, am Ende des Jahres 1869, bestand der „Verband der Deutschen Gewertvereine“ schon aus 13 nationalen

Berufsorganisationen mit zusammen 258 Ortsvereinen und 30 000 Mitgliedern. Die beiden politischen, sozialdemokratischen Verbände — die beide anfangen Gewerkevereinsgründungen vorzunehmen — waren damit überholt.

Aber wie kam es denn, daß die Gewerkevereinsbewegung, die fufend auf so gesunden Grundsätzen und berechtigt zu den schönsten Hoffnungen in ihrer Gründungszeit, heute von anderen Gewerkschaftsrichtungen, besonders der sozialdemokratischen, so weit überflügelt wurden? Warum sind die Gewerkevereine (S.-D.) so in ihrer Mitgliederbewegung zurückgeblieben? Das sind Fragen, die nicht selten gestellt werden. Ihre Antwortung soll im weiteren Verlauf versucht werden. Gegner der Deutschen Gewerkevereine sind da oft schnell fertig mit ihrem Urteil. Die Grundsätze und Einrichtungen der Gewerkevereine haben eben Schiffbruch gelitten, sie sind von der deutschen Arbeiterschaft abgelehnt worden; so und ähnlich hört man sie reden und höhnen. Dabei aber ist das Gegenteil richtig. Es sei nur auf einiges jetzt verwiesen.

Das die „Organisationsform“ der Gewerkevereine ein Vorbild für andere wurde, ist schon vorher erwähnt. Jahrzehntlang hat man von der Gegenseite die Gewerkevereine verhöhnt, weil sie den Grundsatz vertraten, nicht eher in einen Streit einzutreten, bis alle Mittel einer vorherigen, friedlichen Verständigung erschöpft waren, weil sie Tarifverträge, Schiedsgerichte usw. für notwendig und richtig hielten. Heute herrscht darüber ein grundsätzlicher Streit nicht mehr. Die radikale Massenkampfphrase mußte den Gewerkevereinsanschauungen weichen. Erinnerung man sich doch, daß noch im Jahre 1877 das Leipziger Gewerkschaftstarell der freien Gewerkschaften folgenden Beschluß faßte.

„In Ermägung, daß die Tarifgemeinschaften zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern die Interessen und die Weiterentwicklung der Organisation der Arbeiter schädigt, ist diejenige Gewerkschaft, die die en Standpunkt vertritt, als nicht auf dem Standpunkt der modernen Arbeiterbewegung stehend zu betrachten. Da nun aber das Leipziger Gewerkschaftstarell auf dem Boden der modernen Arbeiterbewegung fußt, werden nur diejenigen Delegierten jeder Gewerkschaft anerkannt, welche obigen Anforderungen entsprechen.“

Das Tarell beschließt: Diejenigen Vertreter der Buchdrucker, welche Anhänger der Tarifgemeinschaft sind, insgedessen auf Sympathie- und Solidaritätsstandpunkt stehen, nicht anzuerkennen, da diese Bestrebungen mit denen des Tarells nicht in Einklang zu bringen sind.“

Und heute? Wie hat man die Macht der Verhältnisse berücksichtigt? Wie hat man nicht jahrzehntlang sich gegen die Unternehmenseinrichtungen der Deutschen Gewerkevereine gewandt, selbst die Einführung einer Arbeitslosenunterstützung abgelehnt, weil man von solchen „Massenimpulsen“ eine Abschwächung des Massenkampfcharakters der freien Gewerkschaften fürchtete. Und heute? So muß man wiederum fragen. Man hat die Einrichtungen der Gewerkevereine nicht bloß nachzumachen, sondern in dieser Beziehung zu übertreffen versucht. So könnte man noch mehr Einzelheiten anführen, über die jahrelang ein Streit um die Richtigkeit zwischen den sozialdemokratischen Gewerkschaften und den Sympathie- und Solidaritätsvereinen geführt wurde und die längst im Sinne und zugunsten der letzteren ihre Entscheidung fanden.

Und die „christlichen“ Gewerkschaften? Nun, deren Wachstum ist auf andere Ursachen zurückzuführen, als auf die Ausfaltung neuer, besonderer gewerkschaftlicher Grundsätze. Sie konnten von den Erfahrungen der anderen Organisationen lernen; neue Gewerkschaftsgrundsätze mit Werbestraft schufen sie nicht. Wenn trotzdem die Entwicklung der Gewerkevereine den Weg nahm, so trugen dazu Ereignisse und Zeitströmungen bei, die in folgendem Artikel kurz geschildert werden sollen.

Der Beitragskassierer.

Jede Organisation, die Wert darauf legt, vorwärts zu kommen, muß auf ein geordnetes Kassensystem bedacht sein. Ob die Kassengeschäfte gut geführt werden, hängt von der Person des Kassierers wesentlich ab. Allerdings auch der tüchtigste Kassierer muß in seinem Amt von den einzelnen Mitgliedern unterstützt werden. Auch der Einkassierer hat keine leichte Aufgabe. Um ihm das Amt zu erleichtern, richtet die „Deutsche Böttcher-Zeitung“ eine Mahnung an die Mitglieder, die sich auch andere merken können. Sie lautet u. a.:

„Wird in den Mitglieder bzw. Generalversammlungen der Zahlstellen die Wahl von Beitragskassierern vorgenommen oder steht sonst die Kassierung der Beiträge zur Debatte, so herrscht dabei meist eine Gleichgültigkeit, die mit dem Ernst der Sache in keinem Verhältnis steht.“

Die meisten Mitglieder und nicht wenige der Ortsverwaltungen sind der Meinung, der Posten eines Beitragskassierers sei ganz nebensächlicher Natur, und nicht selten werden hierzu Kollegen gewählt, die, wenn sie auch den besten Willen zu diesem Posten haben, sich niemals dazu eignen. Die Beitragskassierer sind die Grundpfeiler nicht nur der örtlichen, sondern der Gesamtorganisation. Von ihnen hängt nicht nur ab, daß die Beiträge regelmäßig kassiert werden, sondern daß auch die Mitgliederzahl sich nicht vermindert

und mindestens erhalten bleibt, wenn eine Vermehrung unmöglich ist. Der Beitragskassierer ist also auch Agitator. Dies setzt aber aber voraus, daß er nicht rebeungewandt sein soll. Er muß in erster Linie die Bestimmungen des Statuts, dann aber weiter die Aufgaben der gewerkschaftlichen Organisation, Rechte und Pflichten, kennen.

Das ist schon deshalb nötig, weil dem Beitragskassierer ständig, und hier in erster Linie von den Frauen, die Verjauchung entgegengehalten wird, der Verband, die Gewerkschaften haben ja doch keinen Zweck, sie dienen nur dazu, den Mitgliedern das Geld in Gestalt von hohen Beiträgen abzunehmen. Ein Kassierer, den die Worte: Ich trete, aus! schon in die Flucht schlagen, ist eine für einen solchen Posten ungeeignete Person. Gerade bei solchen Gelegenheiten, wo ihm Worte des Mißfallens über die Arbeiterbewegung, deren Ueberflüssigkeit und Klagen über zu hohe Beiträge zu Ehren kommen, muß er sofort mit seinen Fähigkeiten als Agitator, mit seinen Kenntnissen über die Notwendigkeit der Gewerkschaften in Tätigkeit treten. Weiter muß er sofort damit beginnen, an der Hand des Statuts den klagenden Frauen oder dem seinen Austritt erklärenden Mitgliede die Verwendung der Beiträge vorzudemonstrieren. Dieses setzt aber, wie bereits betont, voraus, daß bei der Wahl auch fähige Kollegen genommen werden. Dies soll kein Vorwurf für die andern sein; es steht nun einmal fest, daß nicht jeder ein Redner und Agitator ist. Wir behaupten, auch auf die Gefahr hin, daß wir dabei einiges Kopfschütteln bei unseren Kollegen und Verwaltungsmitgliedern erwecken, daß als Beitragskassierer die fähigsten Kollegen in den einzelnen Zahlstellen genommen werden sollten. Wehen die Beiträge ordnungsgemäß ein und wird der Mitgliederstand, dessen Rückgang nicht selten eine Schuld der mangelhaften Beitragskassierung ist, getreten, treten manche Mängel, die vielleicht sonst in der Ortsverwaltung vorhanden sind, viel weniger in Erscheinung. Neben den Fähigkeiten eines Agitators, die der Beitragskassierer besitzen muß, muß derselbe auch über eine ungeheure Menge von gutem Willen und Idealismus verfügen. Er darf nicht nur Wind und Wetter nicht scheuen, sondern muß es auch fertig bringen, sich selbst und seine Familie davon zu überzeugen, daß der Dienst in der Arbeiterbewegung dem eigenen Wohl und der Bequemlichkeit voranzuziehen ist. Er muß sogar im Interesse der Arbeiterbewegung auf Vergnügen u. a. verzichten können.

Der Beitragskassierer muß aber auch ein ehrlicher Mensch sein und sich ständig vor Augen halten, daß das Geld, welches er zusammenträgt, jener verdiente Arbeitergroßen sind, an denen die Bluts- und Schweißtröpfchen seiner Kollegen hängen. Er muß sich jederzeit darüber klar sein, daß es kein größeres Verbrechen gibt, als sich an Arbeitergroßen zu bereichern und daß der der größte Lump ist, der solche Arbeitergroßen für sich verwendet. Nicht einmal die größte Not darf einen Kollegen dazu verleiten, ihm anvertraute Arbeitergroßen zu unterschlagen, da besteht, daß hier die eigenen Kollegen, wenn ein diesbezüglicher Antrag an sie gerichtet wird, ein offenes Herz haben. Beispiele der letzten Zeit haben leider gezeigt, daß in den einzelnen Zahlstellen besonders die Ehrlichkeit der Beitragskassierer nicht immer mit der nötigen Sorgfalt geprüft wurde. Wenn man nun, wie gezeigt, an die Beitragskassierer hohe Forderungen in bezug auf Fähigkeiten und Ehrlichkeit stellt, so muß aber auch auf der anderen Seite verlangt werden, daß Fähigkeit, Ehrlichkeit, Idealismus und guter Wille des Beitragskassierers nicht mit Füßen getreten werden.

Leider wird aber hier viel gesündigt. Es gibt nicht wenige der Mitglieder, die den Beitragskassierer, weil er vielleicht einige Prozente für seine Bemühungen erhält, schon als einen „kleinen Bonzen“ betrachten und glauben, der Beitragskassierer sei für sie da. Wie oft kommt es vor, was jeder bestätigen wird, der, wie ich selbst, jahrelang in einer großen Stadt die Beiträge zusammentrug, daß, weil das Mitglied zu bequem, oft auch zu gleichgültig war, seine Frau oder seine Logiswirtin von dem Kommen eines Beitragskassierers in Kenntnis zu setzen, dieser zwei- und dreimal die vielen Treppen steigen und dann doch letzten Endes noch ohne Geld abziehen muß, da die Frau oder die Logiswirtin aus den verschiedensten Gründen sich weigert, den Beitrag auszuliefern. Was ist die Folge? Der Kollege wird eine wird zwei, drei, und mehr Wochen rückständig, um dann entweder ausgeschlossen zu werden, oder er tritt aus Mangel an Ueberzeugung, was ja schon seine Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit durch Nichtinterlegung der Beiträge beweisen hat, aus dem Verbands aus, da ihm die Nachzahlung unmöglich wird. Hierbei darf nicht vergessen werden, gleichzeitig zu bemerken, daß es unter den heutigen Verhältnissen und der Höhe der Beiträge notwendig ist, die Beiträge wöchentlich zu kassieren, gleichzeitig aber auch die wöchentliche Abrechnung mit den Beitragskassierern vorzunehmen, um so nicht noch Beitragsrückstand und leichtsinniges Umgehen mit Geld zu fördern. Die Kollegen müssen sich aber nicht nur selbst zur pünktlichen Zahlung der Beiträge erziehen und dafür sorgen, daß die Frau, die Logiswirtin beim Kommen des Beitragskassierers über die nötigen Geldmittel verfügt, sondern müssen in ihrer Familie und wo sie in Logis wohnen, auch erzieherisch auf diesem Gebiet wirken. Es ist nicht Seltenheit, daß der Beitragskassierer von den Mitgliedern und nicht zuletzt von solchen, die sich im Gewerkschaftsleben um gar nichts kümmern, weiter von deren Frauen, für alles, was in der Gewerkschaftsbewegung, im Betrieb usw. vorgeht, zum Dank, daß sie keine Mühe im Interesse der Arbeiterbewegung scheuen, verantwortlich gemacht und beschimpft werden. Der Herr über

ne Beitragserhöhung, der Unwille über eine nicht schnell genug führte Lohnbewegung wird den Beitragstaxierern entgolten. — a, die Frauen gehen oft sogar so weit, dem Beitragstaxierer te schönsten Schmeicheleien an den Kopf zu werfen, weil der Mann der Versammlung war und dabei etwas länger, als es der Frau nehm war, mit der Heimkehr auf sich warten ließ. Der muß in hier Linie die Erziehung einlegen. Den Kollegen muß klar sein, nd hier müssen sie in ihrer Familie für Aufklärung sorgen, ch der Beitragstaxierer einen sehr undankbaren Posten bekleidet nd seine Bezahlung höchstens dazu ausreicht — wenigstens mit anz geringen Ausnahmen — um seine persönlichen Auslagen zu ehen. Die erste Aufgabe und auch die wichtigste für den euerkassierer ist, die Beiträge zusammenzutragen, um so seine iewerkassierer aktionsfähig zu erhalten; er ist verpflichtet, Aber in gewerkassiererliche Fragen, Auskunft zu geben, soweit es seine emnisse und Zeit zulassen. Er hat weiter aufklärend zu rken, die Kollegen, wenn es notwendig ist, von der gefakten echlüssen zu unterrichten und Meinungsverschiedenheiten in der uslegung des Statuts aufklärend zu beeinflussen und richtig stellen. Als Blichableiter für alles, was im Gewerkschafts- und arteilieben vorgeht, dem einen oder anderen, oder sei es auch ffien besserer Gehälste, nicht gefällt, zu gelten, dazu ist der eitragskassierer nicht da. Das mögen sich unsere Kollegen und onders die, die es angeht, für alle Zukunft merken."

Der Führer der Gelben, Reichstagsabgeordneter Geisler, vor Gericht.

Ein interessanter Prozeß spielte sich am 24. Februar 1925 vor dem Amtsgericht Berlin-Mitte ab. Es drehte sich um die Wahrheitsliebe des deutsch-nationalen Reichstagsabgeordneten Geisler und um die Taktik der Gelben.

Geisler hatte den Schriftleiter Zimmermann verklagt, weil dieser ihm in dem Organ des deutschen Handlungsgehilfenverbandes Unwahrheit, Terror und Gesinnungsknebelerei vorworfen hatte. Es war auch behauptet worden, daß Geisler selbst eigenartige Machenschaften bei Sammlungen angewendet habe, indem er in einem Aufruf behauptet hatte, daß die veranstalteten Sammlungen vom Wohlfahrtsminister Hirtfelder genehmigt worden seien, obwohl er wissen mußte, daß der Minister in seiner Einstellung ihm gegenüber niemals die Genehmigung erteilen würde. Es sei, hieß es weiter, Geisler zur Gewohnheit geworden, Unwahrheiten zu verbreiten und andere zu verleumden. Wegen der Behauptung Geislers, daß er einige der schlimmsten Verleumder vor den Rudi geladen hätte, hatte Zimmermann Widerklage erhoben.

Der Beklagte trat in dem Termin in vollem Umfange in Wahrheitsbeweis an. Es waren zahlreiche Abgeordnete und Gewerkschaftsführer geladen worden. Der Abgeordnete Lehmann, der früher dem Reichsbund Geislers angehörte, bekundete, daß bei den Gelben Gewerkschaften falsche Mitgliederlisten geführt wurden. Bei einem Verbandsmitglied zählte, sei die Zahl der Mitglieder mit 5183 angegeben worden, bei einem anderen Verband statt 137 Mitglieder waren 2187 angegeben. Der Verband der Haus- und Privatlehrer habe im ganzen Jahre nur 25 Mark, der Friseurverband nur 163 Mark eingenommen, der Verband der Landarbeiter 1500 Mark, ausgegeben seien aber 150000 Mark. Alles übrige sei von den Arbeitgebern gekommen. Es sei aber nach außen der Anschein verbreitet worden, als ob es sich um Mitgliederbeiträge handelte.

Der Abgeordnete Thiel erörterte dann eingehend die Vorgänge, die zum Austritt des Abgeordneten Geisler aus der Fraktion der Deutschen Volkspartei geführt haben. Die Trennung von Geisler sei darauf zurückzuführen, daß in allen Instanzen über die Erkenntnis sich Bahn gebrochen hatte, daß Herr Geisler es sehr schwer falle, bei der Wahrheit zu bleiben. Die Besprechung in der Fraktionsitzung war so heftig, daß über die Beschlüsse bei Herrn Geisler keine Zweifel bestehen konnten. Trotzdem hat er nachher ganz andere Behauptungen aufgestellt. Auf Befragen von Justizrat Hahn läßt er den Zeuge dann näher aus über die Behauptung des Beklagten, daß der Abgeordnete Geisler die Deffentlichkeit über den Mitgliederstand seiner Verbände getäuscht hätte. Die Mitgliederlisten hätten mit der Zahl 1001 begonnen. Der Kläger Geisler beantragte demgegenüber, den Reichstagsabgeordneten Joh. Wolf zu vernehmen, der aus seiner früheren Tätigkeit der christlichen Bewegung bekunden werde, daß die Methode des Mitgliederübertriebens von dort gekommen und übernommen sei. Das auch christliche Gewerkschaften demselben Maße, wie die gelbe Bewegung von der Arbeitgeberseite subventioniert worden sei.

Der Angeklagte Zimmermann beantragte, einen Vertreter der Hirsch-Duncker'schen Gewerkschaften darüber zu vernehmen, daß solche Gaunereien in der ganzen Gewerkschaftsbewegung noch nie dagewesen seien, wie bei den Gelben Gewerkschaften.

Mehrere Gewerkschaftsvertreter bekundeten sodann, daß in verschiedener Form von den Gelben Verbänden Unter-

stützungen durch Unternehmer angenommen worden seien. Der Gezeverband habe dem Organ der gelben Bäder Inzerate in Höhe von 6000 Mk. monatlich gegeben. Die Summe erdient dann zu klein und es wurde dem Bund der Vorschlag gemacht, eine Baupflicht von 50 000 Mk. zu zahlen, zunächst für ein halbes Jahr. Die Zeitung werde dann alles bringen, was der Verband wünsche.

Schriftleiter Georg Borchardt vom GDA. (Gewerkschaftsring) bekundete, daß bei allen Organisationen, die eine Ehre daran setzen, sich Gewerkschaft zu nennen, Praktiken, wie sie von den gelben Verbänden angewendet worden wären, nie gebilligt wurden. Syndikus Richter behauptete, daß die Gelder von Nichtarbeitnehmern lediglich aus väterländischem Interesse gegeben wurden, und daß die gelben Verbände dadurch nicht in eine Abhängigkeit von den Unternehmern gerieten. (!)

Das Amtsgericht kam schließlich zu einer Freisprechung, sowohl des Angeklagten Zimmermann, als auch des Wiederbeklagten Geisler. Dem Privatkläger Geisler wurden zwei Drittel und dem Angeklagten und Widerkläger Zimmermann ein Drittel der Kosten auferlegt. Ob die Unternehmer noch weiter Neigung verspüren werden, ihren Schützling und „Bierde“ der Deutschen nationalen Volkspartei zu unterstützen?

Bei jeder Lohnforderung wird behauptet, das Gewerbe und die Industrie können die Lasten nicht ertragen, aber für solche Sachen ist immer Geld übrig.

Lohnbewegungen.

Lohnregelung für das Rheinisch-Westfälische Vertragsgebiet.

In den am 24. Februar 1925 in Dortmund für das rheinisch-westfälische Holzgewerbe stattgefundenen Lohnverhandlungen wurde für die Lohngebiete rheinisch-westfälischer Industriebezirk, Bergisches Land, Sauer-, Sieger-, Oberbergisches Land und Westfalen nachstehende Spitzen-Durchschnittslöhne vereinbart:

in Lohnklasse	I	II	III	IV	V	VI
ab 1. März 1925	80	75	70	65	60	55 Pfg.
ab 15. März 1925	83	78	73	68	63	58 Pfg.

Vorstehende Lohnregelung läuft auf unbestimmte Zeit und kann mit einer vierwöchigen Frist gekündigt werden.

Die Lohnbewegung in Berlin mit der „Freien Vereinigung der Holzindustrie“ ist nun durch einen verbindlichen Schiedsspruch des Schlichters von Groß-Berlin am Montag, den 23. Februar 1925 erledigt. Der Tarifdurchschnittslohn für Facharbeiter über 22 Jahre beträgt 85 Pfennig pro Stunde.

Die bisherigen Löhne erhöhen sich wie folgt:
bis zu 90 Pfg. einschließlich um 8 (acht) Prozent.
bis zu 91—100 Pfg. einschließlich um 7 (sieben) Prozent.
von 101 Pfg. an um 6 (sechs) Prozent.

Sich ergebende Bruchteile von Pfennigen über 0,5 Pfennig werden nach oben, Bruchteile unter 0,5 Pfennig nach unten abgerundet.

Die bisherigen Akkordtarife erhöhen sich um 8 (acht) Prozent. Die übrigen Bestimmungen des bisherigen Lohnabkommens gelten weiter.

Ueber Akkorde, bei denen durchschnittlich über 40 vom Hundert über den Tariflohn verdient werden, wird unter Hinzuziehung der Schlichtungskommission im Betriebe neu verhandelt.

Die Regelung der Montagezuschläge hat zwischen den Parteien zu erfolgen.

Das Lohnabkommen läuft von der Lohnwoche ab, in die der 10. Februar 1925 fällt, bis zur letzten Lohnwoche im April 1925 und stillschweigend je einen Monat weiter, falls es nicht mit sieben-tägiger Frist gekündigt wird.

Im Landesbezirk Provinz Brandenburg ist der Lohnkampf beendet. Die Löhne betragen bei der Arbeitsaufnahme in den Ortsklassen

	I	II	III	IV	V	VI
ab 27. März	79	76	71,5	66	62,5	58 Pfg.
	81,5	78	73,5	68	64	60 Pfg.

Für die Bürsten- und Pinselindustrie Süddeutschlands ist am 25. Februar 1925 ein Schiedsspruch gefällt, nach dem mit Wirkung vom 27. Februar 1925 ab folgende Löhne zu zahlen sind:

	A	B	C
Stundenlöhne: für männliche	63	58	53 Pfg.
Stundenlöhne: für weibliche	44	40	35 Pfg.
Akkordbasen: für männliche	70	65	59 Pfg.
Akkordbasen: für weibliche	49	45	40 Pfg.

Die Löhne können erstmals am 15. Mai 1925 gekündigt werden.

Einen Reichstarifvertrag für das Baugewerbe

zu schaffen, war der Zweck der Verhandlungen, die am 20. Februar 1925 im Reichsarbeitsministerium in Berlin begannen.

Jahre ist der Versuch ebenso wie im Holzgewerbe gescheitert. Der Wille, jetzt einen neuen Reichstatarifvertrag für das Baugewerbe abzuschließen, ist zwar auf beiden Seiten vorhanden, doch sind dabei noch schwere Gegensätze zu überbrücken, wenn es gelingen soll. Von Arbeitnehmerseite wurde erklärt, daß der Prüffstein für die Verhandlungen die Arbeitszeit bilde. Nur wenn die Unternehmer bereit seien, als Maximalarbeitszeit den Achtstundentag bzw. die 48 Stundenwoche anzuerkennen, sei ein Vertrag möglich. Es ist dann auch über die Streitfrage ein Verhandlungsergebnis erzielt worden. Spätestens am 31. Juli 1925 soll die tarifmäßige Arbeitszeit eingehalten werden, wo von den örtlichen oder bezirklichen Organisationen eine längere Arbeitszeit vereinbart oder durch Schiedsbruch zur Einführung gelangt ist. Ob die Unternehmerverbände dieses Verhandlungsergebnis anerkennen, ist noch unentschieden. Am 2. März sollen die Verhandlungen fortgesetzt werden.

Die Soziallast der deutschen Wirtschaft.

Im Reichsarbeitsblatt Nr. 24 vom Jahre 1924 war ein längerer Aufsatz veröffentlicht, in dem amtlicherseits einige Zahlenangaben über die soziale Belastung der deutschen Wirtschaft gemacht wurden. Diese Veröffentlichungen gaben den Anlaß, daß man sich von verschiedenen Seiten mit diesen Dingen beschäftigte und besonders aus Unternehmerkreisen manche kritische Bemerkungen gemacht wurden. In Nr. 2 des Reichsarbeitsblattes von 1925 ist man dann nochmals auf die soziale Belastung der deutschen Wirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der knappschaftlichen Versicherung eingegangen und auf die Einwände die dazu erhoben worden waren. Schließlich hat man dann das Endergebnis festgestellt und dabei wurde die jährliche Belastung der deutschen Wirtschaft durch die sozialpolitischen Gesetze und Verordnungen und ihre Verteilung auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer wie folgt festgestellt:

	in Millionen Rentenmark		
	Arbeitn.	Arbeitg.	Summa
Krankenversicherung	500	250	750
Invalidentversicherung	165	165	330
Angefalltenversicherung	55	55	110
Anfallversicherung	—	100	100
Knappschaftl. Pensionsversicherung	50	50	100
Erbverl. Pensionen	110	110	220
Summa	880	730	1610

Aus den Ortsvereinen.

Augsburg. Die Versammlung, die am 21. Februar unser Ortsverein im Lokal „Frohnhof“ abhielt, erzielte sich eines guten Besuches. Unser Bezirksleiter Kollege Barnholt war erschienen und hielt uns auf Wunsch einen Vortrag über „Geschichtliches aus der Gewerkevereinsbewegung“. Da unser Ortsverein in letzter Zeit mehrere Aufnahmen und Uebertritte zu verzeichnen hatte, war es gerade für die neuen Mitglieder wertvoll, einen solchen Vortrag zu hören. Aber auch die alten Kollegen kamen auf ihre Rechnung, denn der 1 1/2 stündige Vortrag fesselte jeden. Auch eine kleine Aussprache schloß sich an. Trotzdem der Ortsverein der Fabrik- u. Handarbeiter unsere Mitglieder zu der gemütl. Feuchlings-Unterhaltung ins Nebenlokal geladen hatte, blieben die Kollegen annähernd 4 Stunden einmütig in der Versammlung beisammen. Der Vorsitzende Kollege Seeger gab seiner Freude darüber lebhaft Ausdruck und dankte besonders dem Referenten und allen, die sich an der Aussprache beteiligten, für ihre Darlegungen. Er schloß die gut verlaufene Versammlung mit dem Wunsch, auch alle anderen Versammlungen mit gleichem Interesse zu besuchen. Eine gemütliche Unterhaltung schloß sich nun an.

Briefkasten.

H. S. Selbstverständlich muß die Agitation zur Gewinnung neuer Mitglieder überall eifrig fortgesetzt werden. In dieser Beziehung darf es kein Ausruhen geben. Auch ist emsig darauf zu achten, wo es möglich ist, neue Ortsvereine oder Zählstellen zu gründen. Den Bezirksleiter sollte man darüber gleich unterrichten.

M. H. Jeder Vorsitzende hat darauf zu achten, daß der Kassierer die Monatsabrechnung immer vor dem 10. eines Monats mit dem Gelde einreicht.

Um den vielfachen Anfragen zu entgegnen biete ich hiermit an

Sport Schlitten-Rufen

Eiche, gebogen, prima Qualität

100	120	140	160	cm. Holz.
2,—	2.50	2.90	3.30	M. p. Paar

ab Lager gegen Nachnahme. Lieferung sofort.

M. Balthar, Dresden 22, Rebekestraße 53

Vorlagenwerke für Möbelfabriken und Tischlereien.

Moderne Küchen- und Schlafzimmer-Möbel.

Eine Sammlung zeitgemäßer Entwürfe mit dazu gehörigen Konstruktionserläuterungen, 40 Quarttafeln mit erläuterndem Text. Herausgegeben von D. Geißler und Martin Winkler, Architekten für Innenräume

Mk. 7.50 portofrei.

Einfache Möbel im modernen Stil.

Sammlung praktischer Möbel zur Ausstattung von Wohnräumen des Mittelstandes, entworfen und für den unmittelbaren Gebrauch bearbeitet von W. Lodenberg. 56 Quarttafeln nebst Erläuterungen, 3. Auflage Mk. 7.50.

Moderne Klein- und Biermöbel.

Vorlagenmappe, enthaltend 40 Quarttafeln mit erläuterndem Text von W. Lodenberg. Mk. 7.50, portofrei.

Moderne Möbel

in einfacher und reicher Ausführung für das bürgerliche Heim. Sammlung zeitgemäßer Entwürfe nebst dazu gehörigen Werkstattzeichnungen. Mk. 7.50, portofrei.

Neuzeitliche Wohnmöbel

für den Mittelstand. Vorlagen für einfach-bornehme Speise-, Herren- und Schlafzimmer. 32 Tafeln mit erläuterndem Text, Teilzeichnungen und Schnitten entworfen und gezeichnet von Ph. Jantscher, Architekt.

Mk. 7.50, portofrei.

Schleifen, Beizen und Polieren.

Ein Ratgeber für Werkstatt und Schule, mit 51 Textabbildungen von E. Marggraf. Mk. 6,—, portofrei.

Biegen des Holzes.

Ein für Möbelfabrikanten, Wagen- und Schiffbauer, Böttcher u. a. wichtiges Verfahren von Wilhelm Franz Exner. geb. Mk. 3,— portofrei.

Die Bautischlerei.

Ein praktisches Hand- und Hilfsbuch von Fr. A. Buchner. geb. Mk. 5,—, portofrei.

Die Tischlerkunst.

Ein Handbuch für Kunst-, Bau- und Möbeltischler mit 482 Textabbildungen von L. Reineking. geb. Mk. 7.50, portofrei.

Der Modelltischler.

Mit 353 Textabbildungen von Fr. Wilh. Hesse. geb. Mk. 6,—, portofrei.

Moderne Wohnungskunst.

Entwürfe von Speisezimmern, Herrenzimmern, Schlafzimmern, Küchen, Kleinmöbeln. Herausgegeben von Wirth, Architekt. (Mappe.)

Mk. 2.75, portofrei.

Der praktische Tischler.

Ein Handbuch für Bau- und Möbeltischler von Prof. Chr. Herm. Walde. 6. Auflage. Neu bearbeitet und herausgegeben von Emil Angst. Mit 1065 Textfiguren und 64 Tafeln. Preis Mk. 20,—

Berand erfolgt gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages. Erfüllungsort für beide Teile ist der Wohnort der Verkaufsfirma.

Haas & Co., Fachliteratur, Berlin W. 30,

Schwabischestraße 18 und Speyererstraße 1.

Telefon: Stephan 7405.

Postcheckkonto: Berlin 86732.

3—4 Modelltischler

gesucht. Meldungen im Gewerkeverein Büro Delfan, Ratschplatz 2. (Neuer Eingang)